

## Schweiz

# Wieder sind die Bauern im Visier

**Initiative gegen Massentierhaltung** Nach dem eskalierten Abstimmungskampf 2021 droht den Landwirten die nächste Spaltung. Eine Vorlage will die Tierhaltung stark einschränken. Das macht viele hässig.

Alessandra Paone  
und Stefan Häne

Biobauer Kilian Baumann hat die Drohungen gegen ihn und seine Familie nicht vergessen. Auch nicht die Angst seiner Partnerin und seiner Kinder, wenn er sie abends allein auf dem Hof in Suberg BE zurückliess, um an Abstimmungsanlässen teilzunehmen. Der Präsident der Kleinbauern-Vereinigung und Berner Nationalrat der Grünen gehörte vor einem Jahr zu den prominentesten Befürwortern der Trinkwasser- und der Pestizidinitiative. Damit wurde Baumann im eigenen Berufsstand zum Feindbild.

Beide Agrarinitiativen gingen verloren; der 41-Jährige zog daraus seine Lehren. Am Abstimmungskampf zur Massentierhaltungsinitiative, die am 25. September an die Urne kommt, nimmt er nicht aktiv teil. «Ich möchte meine Familie nicht mehr dieser Gefahr aussetzen», sagt Baumann. Leider würden unter Bauern unterschiedliche Haltungen zu Landwirtschaft und Tierhaltung nicht toleriert. «Wer anders denkt als der Bauernverband, gilt als Nestbeschützer und wird bekämpft.»

## 7 Vorlagen in 5 Jahren

In den vergangenen fünf Jahren hat es sieben Volksabstimmungen zu landwirtschaftlichen Themen gegeben. Umweltverbände und ihre politischen Verbündeten im Parlament halten mit Anliegen wie der Fair-Food-Initiative 2018 oder dem Referendum gegen das Jagdgesetz 2020 den Druck auf die Bauern hoch. Immer wieder wird am bäuerlichen Selbstverständnis gerüttelt. Auf dem Land ist deshalb der Eindruck entstanden, aus den Städten komme nur noch linksgrüner Mist. Das treibt Stadt und Land auseinander – und spaltet auch die Bauern. Nun müssen sie sich schon wieder erklären.

Das stört Kilian Baumann und ist neben der Sorge um seine Familie ein weiterer Grund, wieso er bei der Massentierhaltungsinitiative lieber im Hintergrund bleiben möchte. «Die Initiative nimmt die Bauernbetriebe stark in die Pflicht, ohne den Fokus auch auf die Konsumenten zu legen», sagt Baumann. Der grüne Nationalrat hatte sich im Parlament deswegen für einen Kompromiss zur Initiative eingesetzt, eine gemässigte Variante des bundesrätlichen Gegenvorschlags. «Damit hätte man eine Mehrheit der Bauern abholen können», sagt Baumann.

Diese Einschätzung teilen auch andere Tierschützerinnen und Tierschützer, nur wagt kaum jemand, es öffentlich auszusprechen. So auch der Vertreter einer Organisation, die die Massentierhaltungsinitiative unterstützt. Er möchte anonym bleiben, aus Angst, er könne dem Anliegen oder seinem Arbeitgeber schaden. Er sagt dann aber: «Da das Parlament keinen Gegenvorschlag wollte, müssen wir die Initiative nun zwangsläufig gutheissen. Alles andere würden unsere Mitglieder nicht verstehen.»

Durch das links-grüne Lager geht ein Riss. Das hat bereits die Abstimmung im Parlament deut-



Bio-Suisse-Richtlinien sollen die Basis für künftige Tierhaltung sein, fordert die neue Initiative: Hühnerhof in einem Waadtländer Biobetrieb. Fotos: Jean-Christophe Bott (Keystone)

lich gezeigt: Nur die Grünen stellten sich geschlossen hinter die Initiative, SP und Grünliberale waren gespalten. Diese Uneinigkeit kommt den Gegnern gelegen.

Martina Mousson vom Forschungsinstitut GFS Bern glaubt, dass die aktuelle Ausgangslage mit der anhaltenden Kriegsangst, der zunehmenden Inflation und der ungewissen Versorgungssicherheit dem Bauernverband und seinen Verbündeten eher hilft als schadet.

## Schlechtes Timing

«Das Thema Massentierhaltung hat nicht annähernd dieselbe Dringlichkeit», sagt auch Politanalyst Mark Balsiger. Zwar sei das Bewusstsein in der Bevölkerung für die Fleischproduktion und ihre problematischen Seiten im Lauf der letzten Jahre gestiegen. Allerdings habe man sich an die seit Jahrzehnten zu tiefen Lebensmittelpreise gewöhnt. Nur schon die Befürchtung, dass die Preise nach einer Annahme der Initiative steigen könnten, treibe viele Leute ins Nein-Lager.

Tatsächlich wurde die Massentierhaltungsinitiative 2018 in einem komplett anderen Kontext lanciert. «Vielleicht verlief die Debatte nun anders, wäre es nicht zu Krisen wie der Coronapandemie und dem Ukraine-Krieg gekommen», sagt Karel Ziehl, Politologe bei der Plattform Année Politique Suisse.

Das hört Markus Ritter gern. Der Mitte-Nationalrat und Präsident des Schweizer Bauernverbands ist selbst Biobauer, bekämpft das Begehren jedoch



Uneinige Bauern: Kilian Baumann (Grüne) und Markus Ritter (CVP).

vehement. «Ich bin von der Bio-produktion überzeugt, aber der Meinung, dass wir der Schweizer Bevölkerung nicht vorschreiben können, Bio zu kaufen. Die Konsumenten sollen entscheiden, was sie kaufen möchten», sagt er. Nicht alle könnten sich Bio-Lebensmittel leisten, und in der jetzigen Situation mit dem Krieg in der Ukraine und den drohenden Preiserhöhungen achteten die Leute noch mehr auf ihre Ausgaben. «Wer sich wie die Grünen und Sozialdemokraten für Menschen mit kleinem Portemonnaie einsetzt, kann diese Initiative nicht mit gutem Gewissen unterstützen.»

So klingt Abstimmungskampf. Und das ist erst der Anfang – der Bauernverband scheint für die kommenden Wochen gut vorbereitet. Die Kommunikationsmaschine laufe bereits auf Hochtouren, sagt Ritter. Die Plakate seien gedruckt, die Botschaften geschrieben. Geplant sind zudem viele Standaktionen in der ganzen Schweiz. Man wolle direkt mit der Bevölkerung diskutieren können.

Pünktlich zum heutigen Kampagnenstart der Initiantinnen veröffentlichten die Gegner eine Studie. 99 Seiten lang ist das Papier, das der Bauernverband mit der Schweizerischen Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor bei der Fachhochschule Nordwestschweiz in Auftrag gegeben hat. Verfasser ist der Ökonom Mathias Binswanger. «Wir wollten, dass die Fakten auf dem Tisch liegen, wenn die Befürworter vor die Medien treten», sagt Ritter.

Die Studie zeigt, wie sich Angebot und Nachfrage entwickeln könnten, wenn die Bio-Suisse-Standards flächendeckend umgesetzt würden. Binswanger rechnet mit einer «drastischen Reduktion» der Tierzahl und steigenden Produktionskosten. Konkret heisst das: 90 Prozent weniger Mastpoulets, halb so viele Schweine, bis zu zwei Drittel weniger Legehennen. Gemäss Studie würde dadurch der Selbstversorgungsgrad bei den Mastpoulets von heute 58 auf rund 5 Prozent sinken. Insgesamt 4000 Stellen würden in der Landwirtschaft wegfallen.

## Studie lässt Fragen offen

Auch Binswanger weiss natürlich, dass die Folgen der Initiative nicht so genau abschätzbar sind. Viele Fragen bleiben offen: Wie verändert sich das Verhalten der Konsumenten? Sind sie bereit, mehr für Fleisch zu bezahlen? Essen sie weniger Fleisch?

Und: Wie reagieren die Bauern? Die Initiative räumt ihnen maximal 25 Jahre ein, um ihren Betrieb umzustellen und getätigte Investitionen zu amortisieren. Die Studie geht jedoch nicht auf diese Übergangsfrist ein. Sie berücksichtigt jene Kosten nicht, die im Laufe dieser Zeit ohnehin angefallen wären, etwa für die Erneuerung eines Stalls. Das habe mit den «vielen Unsicherheitsfaktoren» zu tun, sagt Mathias Binswanger. Man müsste berechnen, wie die tatsächliche Entwicklung in den nächsten 25 Jahren verlaufe; dafür aber fehlten «empirisch haltbare» Grundlagen.

Macht sich Binswanger so als unabhängiger Ökonom nicht etwas ungläubig? Nein, sagt er: «Hinter den meisten Forschungsaufträgen steckt ein bestimmtes Interesse. Völlig objektive Arbeit gibt es nicht.» Im Übrigen arbeite er mit allen Seiten zusammen – auch mit dem Tierschutz.

## «Fleisch muss mehr kosten»

Die Studie dürfte den Abstimmungskampf befeuern, was die Befürworter keineswegs beunruhigt. «Es ist sehr sinnvoll, wenn Fakten geschaffen werden», sagt Meret Schneider, Mitinitiantin und Grünen-Nationalrätin. Die Schlussfolgerungen seien grundsätzlich richtig; bei einer Annahme der Initiative würden die Tierbestände tatsächlich zurückgehen. «Genau das fordern wir ja!» Auch würden die Produkte teurer. «Das finden wir gut. Fleisch muss mehr kosten.» Allerdings seien die Berechnungen in der Studie überrissen. Der Abstimmungskampf verlaufe aber respektvoller und sachlicher als jener zu den Agrarinitiativen.

Auf der Internetseite der Massentierhaltungsinitiative sind auch einige Bauernbetriebe als Unterstützer aufgeführt. Das könnte ebenfalls ein Hinweis darauf sein, dass sich die Situation unter den Bauern inzwischen etwas entspannt hat. Nationalrat und Biobauer Kilian Baumann ist skeptisch: «Das sind die ganz mutigen Bäuerinnen und Bauern, die mit ihrem Namen und ihrem Gesicht für das Anliegen werben», sagt er. Die grosse Mehrheit schweige aber.